

Wirtschaftsverbände geben keine Parole heraus

Alle gegen die SVP – das gilt im Aargau nicht ganz, wenn es um die Durchsetzungsinitiative geht.

VON FABIAN HÄGLER

Vor einer Woche posierten die Vertreter von FDP, CVP, BDP, EVP, GLP, Piraten, SP, Grünen und Gewerkschaftsbund vor dem Gerechtigkeitsbrunnen in Aarau. Vereint kämpfen sie für ein Nein zur Durchsetzungsinitiative am 28. Februar und auch der Regierungsrat empfiehlt das Volksbegehren zur Ablehnung.

Dennoch sind im Aargau nicht ganz alle gegen die SVP, wenn es um die Parolen geht. Ja sagen die EDU und die Aargauische Vaterländische Vereinigung. Beides ist nicht überraschend: Die EDU bildet im Grossen Rat mit der SVP eine Fraktionsgemeinschaft, die Vaterländische Vereinigung wird von SVP-Nationalrat und Hardliner Andreas Glarner präsiert.

Keine Parole geben der kantonale Gewerbeverband (AGV) und die **Industrie- und Handelskammer (AIHK)** heraus. Andreas Wagner, stellvertretender Geschäftsleiter beim AGV, sagt auf Anfrage der az, die Durchsetzungsinitiative sei

«nicht gewerberelevant». Vor zwei Jahren hatte der Verband mit der Ja-Parole zur Masseneinwanderungsinitiative überrascht, zur Durchsetzungsinitiative sagt Präsident Kurt Schmid: «Wir haben im Vorstand entschieden, wie der Schweizerische Gewerbeverband keine Parole herauszugeben.» Schmid selber lehnt die Initiative ab, weil sie nicht umsetzbar sei.

Auch die Industrie- und Handelskammer verzichtet auf eine Abstimmungsempfehlung. Dies hat der **AIHK**-Vorstand an seiner letzten Sitzung am 14. Januar entschieden, wie es auf der Website der **Handelskammer** heisst.